

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,-, 6-Monats 10,-, 12-Monats 18,-. Einzelnummern 10 Pf. Die Postanfertigung, die Abrechnung und die Werbung sind in der Redaktion zu erledigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wichtigste Nachrichten: Die 4. Seite enthält die 20. Spalte, die 4. Spalte enthält die 20. Spalte, die 4. Spalte enthält die 20. Spalte. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 65 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Verlag: Dresden 2640

Donnerstag, den 17. März 1932

Vor neuen Kämpfen.

Ein Wahlkampf, ein Wahltag, der aber die Entscheidung nicht herbeiführt, liegt hinter dem deutschen Volke. Alle Mittel moderner und modernster Wahlpropaganda waren in Bewegung gesetzt worden, wurden ausgenutzt bis zur letzten Möglichkeit. Ähnliches steht dem deutschen Volke aber nun noch gleich zweimal bevor. Und wenn wirklich von der Reichsregierung für die Zeit vor Ostern eine Art politischer Burgfriede „notverordnet“ wird, wie das für die Weihnachtszeit geschehen war, dann drängen sich die Explosionen der Wahlpropaganda bis zum 10. April auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammen. Da kommt erst die Wiederholung der Reichspräsidentenwahl. Manches ist ja in dem Verfahren abgeklärt, das jetzt zu beobachten ist, um die Kandidaten für die zweite Wahl namhaft zu machen und aufzustellen. Die überaus starke Wahlbeteiligung am 13. März war eine Überraschung, die sich aber vielleicht wiederholt; denn die sogenannte „Seele“ des Wählers ist ein so unbestimmbares Etwas, unterliegt so ungeahnten Einflüssen und Beeinflussungen.

Dann aber geht es gleich weiter mit der Wahlpropaganda, geht es weiter übrigens unter einer anderen Parteilagruppierung: für den 24. April sind ja die Wahlen zum Preussischen Landtag angesetzt. Und nicht bloß in diesem großen deutschen Freistaat, sondern auch in Bayern, Württemberg, Anhalt, vielleicht auch Hamburg sollen Neuwahlen für die Landtage bzw. die Bürgererschaft stattfinden. Ein verhältnismäßig nur sehr geringer Teil Deutschlands wird also nach dem 10. April den Wahlkampf einstellen können, während es damit in den erwähnten deutschen Ländern noch vierzehn Tage weitergehen wird. In diesen Länderparlamenten sieht es heute parteipolitisch vielfach so unklar aus, stehen so kleine Mehrheiten sehr großen Minderheiten gegenüber, daß auch dort das Ringen um die Seele des Wählers — genauer gesagt: um seine Stimme — von den Parteien mit aller nur möglichen Energie geführt werden wird.

In Preußen verschiebt sich für diese Wahl des 24. April die Parteilagruppierung des 13. März bzw. des 10. April. Verschiedene Parteien, die für die Kandidatur Hindenburgs eintraten, werden beim Kampf um die preussischen Landtagsmandate Seite an Seite mit der nationalen Opposition, also mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen kämpfen gegen die Parteien vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie. Welches Ergebnis dabei herauskommen wird, liegt besonders tief im dunklen Schoß der Zukunft. Eines aber ist sicher: der Preussische Landtag wird weniger Abgeordnete als bisher aufweisen, da dort fortan der Kandidat nicht mehr 40 000, sondern 50 000 Stimmen auf sich vereinigen muß, um gewählt zu sein. Der Staatsgerichtshof hat den Antrag der deutschnationalen Fraktion im Preussischen Landtag, diese Herabsetzung des „Wahlquotienten“ für verfassungswidrig zu erklären, soeben zurückgewiesen, und zwar mit der Begründung, daß der Erfolg jener Maßnahme der preussischen Regierung in einer erheblichen Ersparnis bestünde und daß es im Wesen der vom Reichspräsidenten den Landesregierungen erteilten Ermächtigungen liege, überall bei den öffentlichen Ausgaben solche Ersparnisse herbeizuführen. Politische Wirkungen werden nach Ansicht des Staatsgerichtshofes durch die Verminderung der Abgeordnetenzahl nicht herbeigeführt. Abgesehen davon, daß es sich beim Bayerischen Landtag um eine Streitfrage wegen der Mandatsziffer; da man sich in München dazu entschlossen hat, diesen Streit gewissermaßen durch eine Neuwahl zu beenden.

Die großen Landtage stehen also ziemlich dicht vor der Neuwahl und es bleibt ihnen viel Zeit für parlamentarische Arbeit nicht mehr übrig. Infolgedessen hat der Preussische Landtag den interessanten Beschluß gefaßt, von der ihm eigentlich zustehenden parlamentarischen Erledigung des Haushalts in der Vollversammlung abzusehen. Es findet nur so etwas wie eine erste Lesung statt, aber die weitere und endgültige Entscheidung über den Haushalt hat man dem neugewählten Landtag überlassen. Und noch ein zweiter Vorschlag ist dort erfolgt, über dessen Schicksal aber erst in den nächsten Tagen entschieden wird: die Wirtschaftspartei beantragte, für Preußen das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre zu erhöhen. Das wäre eine Verfassungsänderung und es muß sich erst zeigen, ob sich dafür im Preussischen Landtag auch die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit findet. Auch werden die Gegner dieses Antrages sofort den Entwurf machen, der Artikel 22 der Reichsverfassung bestimme, daß die Reichstagsabgeordneten „von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen“ gewählt werden müssen; dem habe sich auch jede Landesverfassung zu fügen genau so wie den anderen in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen über die Verhältniswahl und den Sonntag als Wahltermin.

Neu ist der Wunsch auf Aufhebung des wahlfähigen Alters nicht. Gegen die Durchführung haben sich bisher die Parteien gewehrt, die nach dem Umsturz das Wahlrecht für die Zwanzigjährigen forderten; vor allem die Sozialdemokratie. Sollten diese Parteien gerade jetzt, unmittelbar vor einer Wahl, ihre alten Grundsätze aufgeben und für den Ausschluß einiger junger Jahrgänge von der Wahl stimmen, um dadurch ihre eigenen Aussichten zu verbessern?

Deutschland gegen den Donauebundplan.

Die Rache des Versailler Diktats.

Der Wahnsinn der Verschlagung Mitteleuropas in kleine Staaten durch das Versailler Diktat beginnt sich bitter an seinem Urheber, Frankreich, zu rächen. Nachdem es sich gezeigt hatte, daß besonders die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns in ihrer Vereinzelung nicht lebensfähig waren, suchte Frankreich die Hilfe mit seinem Golde zu verkleinern und gleichzeitig durch seine finanziellen Hilfsleistungen die widerstandsunfähigen Staaten für seine machtpolitischen Pläne besonders im Hinblick auf eine Einkreisung Deutschlands gefügig zu machen.

Aber auch mit Geld waren die schweren Fehler des Versailler Diktats nicht wieder gutzumachen. Die Auseinanderreißung organischer zusammengehöriger Staatsgebiete wirkte sich weiter katastrophal aus, und um — als letzter Versuch — sein in den südöstlichen Staaten angelegtes Geld zu retten, kam Frankreich mit seinem Donauebundplan heraus. Da diese sich ebenfalls in seinem letzten Endziel gegen Deutschland und den Anschluß Österreichs an Deutschland richtet, hat Deutschland seine schweren Bedenken gegen die französischen Absichten geltend gemacht und dabei die Unterstützung Italiens gefunden, während England nach französischer Darstellung auf Seiten Frankreichs stehen soll. Die deutsche und italienische Regierung verlangen, daß entgegen den französischen Vorschlägen die Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaustaaten nicht ausschließlich im Kreise der fünf Donaumächte, sondern mit Einbeziehung von Deutschland, England, Frankreich und Italien behandelt werden soll. Auf deutscher Seite wird die Auffassung vertreten, daß die einseitige Schaffung von Vorzugszöllen innerhalb der fünf Staaten ohne Deutschland nicht tragbar ist, da damit ein neues großes Absatzgebiet für die Industrie dieser Staaten geschaffen und die deutsche Industrie ausgeschlossen werden würde. Ferner wird auf deutscher Seite die Teilnahme Bulgariens an den Verhandlungen gewünscht.

Deutschlands Einwendungen gegen den Donauebundplan.

Die deutsche Antwort auf den Tardieu'schen Donauebundplan ist dem französischen Vorkäufer in Berlin, François-Poncet, zur Weiterübermittlung an die französische Regierung übergeben worden. Die deutsche Stellungnahme geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Diktation für die notleidenden Donaustaaten mit der französischen Regierung in voller Übereinstimmung befindet.

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Überwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines Wirtschaftsraumes wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den

Abfall der landwirtschaftlichen Überschüsse aus den südosteuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen sicherstellt. Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich, wie dies französischerseits vorgeschlagen wird, nicht erreicht werden.

Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die

Immer langsam voran!

Drei Wochen Osterferien für die Abrüstungskonferenz.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz beschloß einstimmig, die Arbeiten der Konferenz vom 19. März bis zum 11. April, also auf drei Wochen, vollständig zu unterbrechen. Die allgemeine politische Aussprache über den Artikel 1 des Abkommensentwurfs, der die grundsätzlichen Fragen der Gleichberechtigung und der allgemeinen Abrüstung in sich schließt, wird in dieser Woche nicht aufgenommen, soll jedoch gleich am 11. April im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz beginnen. Vor der Osterpause sollen lediglich technische Fragen durchberaten werden.

Signatarmächte gegen Litauen.

Eingreifen wegen des Memellandes in Kowno.

Die Regierungen der vier Signatarmächte der Memellkonvention, England, Frankreich, Italien und Japan, haben, wie jetzt bekannt wird, den Gesandten Litauens in London davon in Kenntnis gesetzt, daß die vier Mächte die Absicht haben, in den nächsten Tagen einen gemeinsamen Schritt bei der litauischen Regierung in Kowno zu unternehmen, bei dem nachdrücklich auf die letzte Entschließung des Völkerbundes zur Memellfrage

großen landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Europas mit umfassen müssen. Ein auf die Donaustaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls stark bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihres Arbeitsmarktes zur Folge haben.

Mit der Verwirklichung der durchgreifenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch nicht sofort gerechnet werden können, wie sie für eine rechtzeitige Hilfe unerlässlich ist. Schon die italienische Regierung hat in ihrer, nach Auffassung der Reichsregierung durchaus zutreffenden Beurteilung der Lage darauf hingewiesen, daß in der

schwierigen Situation Österreichs und Ungarns ein Gefahrenmoment liege, dessen Beseitigung vorzudringlich erscheint. Österreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch gewährt werden, daß entsprechend der Anregung des Finanzausschusses des Völkerbundes seine Nachbarländer und andere Staaten für die Aufnahme der österreichischen Ausfuhr bevorzugte Bedingungen schaffen. Ungarn und den übrigen Donaustaaten mit überwiegend agrarischer Erzeugung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können, daß ihre Getreideüberschüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Zuschußgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden.

Auch die Reichsregierung sieht in der Antwort in einer Einigung aller beteiligten Staaten

auf der Basis dieser Vorschläge den besten Weg für eine rasche wirksame Hilfe für die in Frage kommenden Donauländer. Sie hat sich in ihrer Antwort auf den Appell Österreichs bereits vorbehaltlos auf diesen Boden gestellt. Sie hat ebenso wie die französische Regierung die praktische Verwirklichung der Vorschläge durch Abschluß von Verträgen mit Ungarn und Rumänien über

die bevorzugte Abnahme von Getreide aus diesen Ländern

schon in Angriff genommen. Sie ist im gleichen Geiste der Hilfsbereitschaft und wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, sich an der weiteren internationalen Behandlung dieser Frage zu beteiligen.

Südslavien gegen den Donauebund.

Wachsende Schwierigkeiten für Tardieu's Plan.

Das Blatt des südslavischen Außenministers, die „Pravda“, berichtet aus Genf, daß der südslavische Außenminister Marinowitsch dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu mitgeteilt habe, daß Südslavien auf keinen Fall der Schaffung eines Vorzugszollbundes zwischen Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zustimmen würde. Südslavien sei auch gegen die Vorzugszollverhandlungen Italiens mit Österreich und Ungarn.

Für Südslavien sei es eine Lebensfrage, Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu finden. Der derzeitige Zustand sei günstiger, als eine enge Verbindung zwischen Prag, Wien und Budapest.

Zugleich berichtet die „Pravda“ über große Schwierigkeiten, auf die Tardieu in Genf gestoßen sei. Es könne keine Rede davon sein, daß sich der französische Plan in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werde.

vingewiesen und von neuem die unbedingte Notwendigkeit der Bildung eines verfassungsmäßigen Direktoriums im Memelgebiet erklärt wird.

Die vier Signatarmächte machen die litauische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die eben vollzogene Bildung des Direktoriums im Memelgebiet in keiner Weise der letzten Nationsentscheidung des Völkerbundes entspricht und nicht als genügend angesehen werden kann.

Wenn nicht in kürzester Frist ein Direktorium gebildet wird, das sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Memellandtages stützt, würden die vier Unterzeichnermächte gezwungen sein, den Fall unverzüglich vor den Haager Gerichtshof zu bringen.

Der Schritt der vier Mächte in Kowno steht unmittelbar bevor. Es wird angenommen, daß die vier Regierungen entweder eine gemeinsame Note oder getrennt gleichlautende Noten an die litauische Regierung senden werden. Die vier Regierungen beabsichtigen, die litauische Regierung zu ersuchen, umgehend Stellung dazu zu nehmen.

Der Schritt der vier Mächte entspricht den von der deutschen Regierung in der letzten Zeit mehrfach unternommenen Vorstellungen bei den vier Unterzeichnermächten; zuletzt wurde in London ein deutscher Schritt unternommen.

In den deutschen Noten an die vier Mächte ist be-